

Dienst voor zelfbeschikkend leven	26.995.000 EUR
Dienst voor arbeidsbemiddeling	7.944.000 EUR
Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand	5.297.000 EUR
Sociaal-Economische Raad	521.000 EUR
Kaleido	1.112.000 EUR"

Art. 3. - Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 16 december 2021.

O. PAASCH,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
A. ANTONIADIS,
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
I. WEYKMANS,
De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media
L. KLINKENBERG,
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken:

5-3-HH2020 (2021-2022) Nr. 1 Ontwerp van decreet

5-3-HH2020 (2021-2022) Nr. 2 Verslag van het Rekenhof

5-3-HH2020 (2021-2022) Nr. 3 Verslag

5-3-HH2020 (2021-2022) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 13,14,15 en 16 december 2021 Bespreking en aanneming

- Nr. 35-38

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/201253]

28. OKTOBER 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 §§ 1 und 3, ersetzt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 2021;

Aufgrund des Protokolls Nr. S3/2021 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 30. Juni und 2. Juli 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 9. Juli 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 70 104 des Staatsrates, das am 27. September 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 27. DEZEMBER 1996 ZUR ORGANISATION DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN

Artikel 1 - In Artikel 11.1 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Die Regierung kann innerhalb der Fachbereiche Referate bilden, die von einem Referatsleiter geleitet werden und aus mindestens drei Mitarbeitern einschließlich des Referatsleiters bestehen. Die Referatsleiter haben Weisungsbefugnis gegenüber den ihnen zugeordneten Mitarbeitern. Die Referatsleiter unterstehen der Verantwortung des Fachbereichsleiters.”

Art. 2 - In Kapitel I Abschnitt 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Artikel 11.3 eingefügt:

“Art. 11.3 - Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberanruf mit Anforderungsprofil vor mit anschließendem Vergleich der Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe. Daraufhin schlägt der Fachbereichsleiter dem für das Personal zuständigen stellvertretenden Generalsekretär vor, welche Referate er bilden möchte, wer als Referatsleiter bestellt und welche Mitarbeitern Teil des Referates werden sollen. Nach Beratung mit dem Fachbereichsleiter bringt der für das Personal zuständige stellvertretende Generalsekretär diesen Vorschlag in den Direktionsrat ein. Der Direktionsrat unterbreitet der Regierung den Vorschlag über die beantragte Referatsstruktur und die vorgeschlagene Besetzung der Referatsleitung.

Die Regierung entscheidet über die Referatsstruktur und bestellt den Referatsleiter für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren unter den mit “positiv” bewerteten Beamten, Vertragsbediensteten oder mit einem Auftrag für das Ministerium versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens.

Der für das Personal zuständige stellvertretende Generalsekretär entscheidet auf Vorschlag des Fachbereichsleiters über die personalrechtliche Zuordnung von Mitarbeitern zu einem Referatsleiter.

Aufgrund schwerwiegender Fehlleistungen kann die Regierung auf Vorschlag des Direktionsrates, der den Betroffenen zuvor angehört hat, die Bestellung eines Referatsleiters vorzeitig beenden.

Der Referatsleiter kann jederzeit mittels einer Frist von drei Monaten zurücktreten.”

Art. 3 - In Artikel 73 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 13. März 2008 und 19. Januar 2017, wird folgender § 5 eingefügt:

“§ 5 - Die Dienste, die ein Auszubildender ab dem Alter von 18 Jahren im Rahmen des praktischen Teils einer dualen Ausbildung im Ministerium leistet, werden den in § 1 angeführten Diensten bei seiner Einstellung im Ministerium gleichgestellt.”

Art. 4 - In Artikel 81.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Wortfolge “Vertragsbediensteter” durch die Wortfolge “Beamter des Ministeriums oder als Vertragsbediensteter des Ministeriums” ersetzt.

Art. 5 - In Artikel 87.2 § 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

“Während der Dauer seiner Bestellung als Referatsleiter erhält der Referatsleiter eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben.”

Art. 6 - Artikel 87.4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Satz 1 wird zu Absatz 1.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

“In Abweichung von Absatz 1 erhält der Referatsleiter eine Zulage, die bei einer Vollzeitbeschäftigung der Hälfte des in Absatz 1 angeführten Betrages entspricht.”

3. Absatz 1 Sätze 2 und 3 wird zu Absatz 3.

4. In Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge “für die Dauer” durch die Wortfolge “ab dem 31. Tag der Abwesenheit für die restliche Dauer” ersetzt.

5. Absatz 3 wird zu Absatz 5.

Art. 7 - Artikel 109 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

“2. Niederkunft der Ehefrau/Lebensgefährtin:

a) ab dem 1. Januar 2021: 15 Arbeitstage;

b) ab dem 1. Januar 2023: 20 Arbeitstage;”

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. Tod des Ehepartners/Lebensgefährten oder eines Kindes des Beamten oder dessen Ehepartners/Lebensgefährten oder Tod eines zum Zeitpunkt seines Ablebens oder in der Vergangenheit im Rahmen einer Langzeitpflege von mindestens 6 Monaten im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommenen Pflegekindes: 10 Arbeitstage;”

3. Folgende Nummer 3bis wird eingefügt:

“3bis. Tod eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades des Beamten oder dessen Ehepartners/Lebensgefährten: 4 Arbeitstage;”

Art. 8 - Artikel 125 Absatz 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird aufgehoben.

Art. 9 - In Artikel 126 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge “in pränatalen” durch die Wortfolge “in Artikel 124 angeführten pränatalen” und das Wort “normale” durch das Wort “geleistete” ersetzt.

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. die Abwesenheiten aufgrund einer Krankheit oder eines Gebrechens;"

3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. die Abwesenheiten aufgrund eines Arbeitsunfalls oder eines Unfalls auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz;"

4. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. Die Entfernung der schwangeren Beamtin vom Dienst aufgrund eines festgestellten Risikos."

Art. 10 - Die Überschrift von Kapitel VIII Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Unterabschnitt 5.2 - Adoptionsurlaub oder Pflegeelternurlaub"

Art. 11 - Artikel 133 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 133 - Der Beamte hat auf Antrag Anrecht auf Urlaub, wenn er ein minderjähriges Kind im Hinblick auf dessen Adoption oder Pflegschaft aufnimmt.

Der Urlaub beginnt am Tag des Einzugs des minderjährigen Kindes in den Haushalt des Beamten. Bei einer internationalen Adoption kann der Beamte den Urlaub bereits in Anspruch nehmen, sobald die Entscheidung der zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption vorliegt, ihm ein minderjähriges Kind anzuvertrauen.

Die Dauer des Urlaubs wird wie folgt festgelegt:

1. acht Wochen ab dem 1. Januar 2021;

2. neun Wochen ab dem 1. Januar 2023;

3. zehn Wochen ab dem 1. Januar 2025;

4. elf Wochen ab dem 1. Januar 2027.

Zur Festlegung der Dauer des Urlaubs ist der in Absatz 2 angeführte Tag ausschlaggebend.

Bei gleichzeitiger Aufnahme von mehreren minderjährigen Kindern wird die Dauer des Urlaubs um zwei Wochen verlängert."

Art. 12 - In Kapitel VIII Abschnitt 7 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Artikel 148.1 eingefügt:

"Art. 148.1 - Bis zum Beginn des Mutterschaftsurlaubs werden die Krankheitstage, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Schwangerschaft der Beamtin stehen, nicht von den in Artikel 145 angeführten Anzahl Krankentagen abgezogen, unter der Bedingung, dass die Abwesenheit durch ein ärztliches Attest belegt ist und der von der Regierung mit der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit oder Gebrechen beauftragte Arzt diesen Zusammenhang bestätigt. Diese Abwesenheiten werden besoldet und gelten als aktiver Dienst."

Art. 13 - In Kapitel XII desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. März 2005, wird folgender Artikel 225.2 eingefügt:

"Art. 225.2 - In Abweichung von Artikel 87.4 Absatz 2 erhalten Mitarbeiter, die am 31. Oktober 2021, die in Artikel 87.4 Absatz 1 angeführte Zulage erhalten und nicht als Mitglied des Direktionsrates, Fachbereichsleiter oder Leiter eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung bestellt sind, ab dem Inkrafttreten des Erlasses weiterhin die in Artikel 87.4 Absatz 1 angeführte Zulage, wenn sie als Referatsleiter bestellt werden."

Art. 14 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 225.3 eingefügt:

"Art. 225.3 - In Abweichung von Artikel 11.3 Absatz 2 bestellt die Regierung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Mitarbeiter als Referatsleiter, die am Tag vor dem Inkrafttreten in Anwendung von Artikel 7 und 9.1 des Erlasses vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses als Teamleiter bestellt sind, für die verbleibende Dauer ihrer ursprünglichen Bestellung als Teamleiter."

Art. 15 - In den Anhang II desselben Erlasses werden die Gehaltstabellen, die im Anhang 1 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, eingefügt.

KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 7. JUNI 2001 BEZÜGLICH DER ORGANISATION DER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 16 - In den Erlass der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

"Art. 9.1 - Artikel 11.1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "des Ministeriums" durch "der Einrichtung", die Wörter "von der Regierung" durch "vom Verwaltungsrat" und die Wörter "des für die betreffenden Angelegenheiten zuständigen Ministers" durch "des Geschäftsführenden Direktors" ersetzt.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Die Regierung legt die Anzahl Fachbereiche und die Anzahl Referate innerhalb der Einrichtung fest."

Art. 17 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird folgender Artikel 9.2 eingefügt:

"Art. 9.2 - In Artikel 11.2 desselben Erlasses werden die Wörter "die Regierung" durch "der Verwaltungsrat" und die Wörter "das Ministerium" durch "die Einrichtung" ersetzt.

Art. 18 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird folgender Artikel 9.3 eingefügt:

"Art. 9.3 - Artikel 11.3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "das Ministerium" wird durch die Wörter "die Einrichtung", die Wörter "für das Personal zuständigen stellvertretenden Generalsekretär" durch die Wörter "geschäftsführenden Direktor" und die Wörter "für das Personal zuständige stellvertretende Generalsekretär" durch die Wörter "geschäftsführende Direktor" ersetzt.

2. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

"Besteht in der Einrichtung kein Direktionsrat, übernimmt der Verwaltungsrat die Aufgaben des Direktionsrates."

Art. 19 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

"Art. 14.1 - In Artikel 58 desselben Erlasses wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Die in Absatz 2 und 3 angeführte Verkürzung des Rang- bzw. Stufenalters bedarf einer vorhergehenden schriftlichen Genehmigung der Regierung."

Art. 20 - In Artikel 15.15 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird in der Fassung von Artikel 87.2 § 1 folgender Absatz 5 eingefügt:

"Während der Dauer seiner Bestellung als Referatsleiter erhält der Referatsleiter eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben."

Art. 21 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird folgender Artikel 15.16 eingefügt:

"Art. 15.16 - In Artikel 87.5 desselben Erlasses der Regierung werden die Wörter "von der Regierung" durch die Wörter "vom Verwaltungsrat" ersetzt."

KAPITEL 3 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 17. JULI 2003 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

Art. 22 - In Artikel 2 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. bei Einstellungen, die aufgrund von Dringlichkeit oder in Anwendung von Artikel 4 erfolgen und deren Dauer höchstens drei Monate beträgt;"

2. In Nummer 3 wird am Ende des Satzes folgende Wortfolge ", dass das vorausgehende befristete Arbeitsverhältnis öffentlich ausgeschrieben wurde, dass die neue Einstellung dieselbe oder eine ähnliche Stelle wie diejenige betrifft, für die ein öffentlicher Bewerberaufruf erfolgte, und dass die Dauer des neuen Arbeitsvertrags sich nicht wesentlich von der ursprünglichen unterscheidet;" eingefügt.

Art. 23 - Artikel 7 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 24 - Artikel 9.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG 23. MAI 2019 ZUR ORGANISATION DES BELGISCHEN RUNDFUNK- UND FERNSEHZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN

Art. 25 - Artikel 11 des Erlasses der Regierung 23. Mai 2019 zur Organisation des belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Der Verwaltungsrat kann innerhalb der Fachbereiche Referate bilden, die von einem Referatsleiter geleitet werden und aus mindestens drei Mitarbeitern einschließlich des Referatsleiters bestehen. Die Referatsleiter haben Weisungsbefugnis gegenüber den ihnen zugeordneten Mitarbeitern. Die Referatsleiter unterstehen der Verantwortung des Fachbereichsleiters."

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Die Regierung legt die Anzahl Referate innerhalb des BRF fest."

Art. 26 - In das Kapitel I Abschnitt 2 desselben Erlass wird folgender Artikel 12.1 eingefügt:

"Art. 12.1 - Der Verwaltungsrat bestellt für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren Referatsleiter unter den mit "positiv" bewerteten Beamten, Vertragsbediensteten oder mit einem Auftrag für den BRF versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens.

Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil vor mit anschließendem Vergleich der Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe. Daraufhin schlägt der Fachbereichsleiter dem Direktor vor, welche Referate er bilden möchte, wer als Referatsleiter bestellt und welche Mitarbeitern Teil des Referates werden sollen. Nach Beratung mit dem Fachbereichsleiter bringt der Direktor diesen Vorschlag in den Direktionsrat ein. Der Direktionsrat unterbreitet dem Verwaltungsrat den Vorschlag über die beantragte Referatsstruktur und die vorgeschlagene Besetzung der Referatsleitung.

Der Verwaltungsrat entscheidet über die Referatsstruktur und bestellt den Referatsleiter für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren unter den mit "positiv" bewerteten Beamten und Vertragsbediensteten.

Der Direktor entscheidet auf Vorschlag des Fachbereichsleiters über die personalrechtliche Zuordnung von Mitarbeitern zu einem Referatsleiter.

Aufgrund schwerwiegender Fehlleistungen kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Direktionsrates, der den Betroffenen zuvor angehört hat, die Bestellung eines Referatsleiters vorzeitig beenden.

Der Referatsleiter kann jederzeit mittels einer Frist von drei Monaten zurücktreten."

Art. 27 - In Artikel 63 desselben Erlasses wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Die in Absatz 2 und 3 angeführte Verkürzung des Rang- bzw. Stufenalters bedarf einer vorhergehenden schriftlichen Genehmigung der Regierung."

Art. 28 - In Artikel 78 desselben Erlasses wird folgender § 5 eingefügt:

"§ 5 - Die Dienste, die ein Auszubildender ab dem Alter von 18 Jahren im Rahmen des praktischen Teils einer dualen Ausbildung im BRF leistet, werden den in § 1 angeführten Diensten bei seiner Einstellung im BRF gleichgestellt."

Art. 29 - In Artikel 94 § 1 desselben Erlasses wird folgender Absatz 6 eingefügt:

"Während der Dauer seiner Bestellung als Referatsleiter erhält der Referatsleiter eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben."

Art. 30 - Artikel 96 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Satz 1 wird zu Absatz 1.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 erhält der Referatsleiter eine Zulage, die bei einer Vollzeitbeschäftigung der Hälfte des in Absatz 1 angeführten Betrages entspricht."

3. Absatz 1 Sätze 2 und 3 wird zu Absatz 3.

4. In Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "für die Dauer" durch die Wortfolge "ab dem 31. Tag der Abwesenheit für die restliche Dauer" ersetzt.

5. Absatz 3 wird zu Absatz 5.

Art. 31 - Artikel 121 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. Niederkunft der Ehefrau/Lebensgefährtin:

a) ab dem 1. Januar 2021: 15 Arbeitstage;

b) ab dem 1. Januar 2023: 20 Arbeitstage;"

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. Tod des Ehepartners/Lebensgefährten oder eines Kindes des Beamten oder dessen Ehepartners/Lebensgefährten oder Tod eines zum Zeitpunkt seines Ablebens oder in der Vergangenheit im Rahmen einer Langzeitpflegschaft von mindestens 6 Monaten im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommenen Pflegekindes: 10 Arbeitstage;

3. Folgende Nummer 3bis wird eingefügt:

"3bis. Tod eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades des Beamten oder dessen Ehepartners/Lebensgefährten: 4 Arbeitstage;"

Art. 32 - Artikel 136 Absatz 4 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 33 - Artikel 138 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "in pränatalen" durch die Wortfolge "in Artikel 136 angeführten pränatalen" und das Wort "normale" durch das Wort "geleistete" ersetzt.

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. die Abwesenheiten aufgrund einer Krankheit oder eines Gebrechens;"

3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. die Abwesenheiten aufgrund eines Arbeitsunfalls oder eines Unfalls auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz;"

4. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. Die Entfernung der schwangeren Beamtin vom Dienst aufgrund eines festgestellten Risikos."

Art. 34 - Die Überschrift von Kapitel 9 Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Unterabschnitt 5.2 - Adoptionsurlaub oder Pflegeelternurlaub"

Art. 35 - Artikel 146 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 146 - Der Beamte hat auf Antrag Anrecht auf Urlaub, wenn er ein minderjähriges Kind im Hinblick auf dessen Adoption oder Pflegschaft aufnimmt.

Der Urlaub beginnt am Tag des Einzugs des minderjährigen Kindes in den Haushalt des Beamten. Bei einer internationalen Adoption kann der Beamte den Urlaub bereits in Anspruch nehmen, sobald die Entscheidung der zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption vorliegt, ihm ein minderjähriges Kind anzuvertrauen.

Die Dauer des Urlaubs wird wie folgt festgelegt:

1. acht Wochen ab dem 1. Januar 2021;

2. neun Wochen ab dem 1. Januar 2023;

3. zehn Wochen ab dem 1. Januar 2025;

4. elf Wochen ab dem 1. Januar 2027.

Zur Festlegung der Dauer des Urlaubs ist der in Absatz 2 angeführte Tag ausschlaggebend.

Bei gleichzeitiger Aufnahme von mehreren minderjährigen Kindern wird die Dauer des Urlaubs um zwei Wochen verlängert."

Art. 36 - In dasselbe Kapitel Abschnitt 7 desselben Erlasses wird folgender Artikel 163.1 eingefügt:

"Art. 163.1 - Bis zum Beginn des Mutterschaftsurlaubs werden die Krankheitstage, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Schwangerschaft der Beamtin stehen, nicht von den in Artikel 160 angeführten Anzahl Krankentagen abgezogen, unter der Bedingung, dass die Abwesenheit durch ein ärztliches Attest belegt ist und der von der Regierung mit der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit oder Gebrechens beauftragte Arzt diesen Zusammenhang bestätigt. Diese Abwesenheiten werden besoldet und gelten als aktiver Dienst."

Art. 37 - In Kapitel 13 desselben Erlasses wird folgender Artikel 241.1 eingefügt:

"Art. 241.1 - In Abweichung von Artikel 96 Absatz 2 erhalten Mitarbeiter, die am Tag vor Inkrafttreten des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in Artikel 96 Absatz 1 angeführte Zulage erhalten und nicht als Fachbereichsleiter oder Mitglied des Direktionsrates bestellt sind, ab dem Inkrafttreten des Erlasses weiterhin die in Artikel 96 Absatz 1 angeführte Zulage, wenn sie als Referatsleiter bestellt werden."

Art. 38 - In den Anhang II desselben Erlasses werden die Gehaltstabellen, die im Anhang 2 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, eingefügt.

KAPITEL 5 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 23. MAI 2019 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES BELGISCHEN RUNDFUNK- UND FERNSEHZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 39 - In Artikel 2 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. bei Einstellungen, die aufgrund von Dringlichkeit oder in Anwendung von Artikel 5 erfolgen und deren Dauer höchstens drei Monate beträgt;"

2. In Nummer 3 wird am Ende des Satzes folgende Wortfolge ", dass das vorausgehende befristete Arbeitsverhältnis öffentlich ausgeschrieben wurde, dass die neue Einstellung dieselbe oder eine ähnliche Stelle wie diejenige betrifft, für die ein öffentlicher Bewerberaufruf erfolgte, und dass die Dauer des neuen Arbeitsvertrags sich nicht wesentlich von der ursprünglichen unterscheidet;" eingefügt.

KAPITEL 6 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 40 - Vorliegender Erlass tritt am 1. November 2021 in Kraft mit Ausnahme

1. Der Artikel 8, 9, 32 und 33, die mit Wirkung vom 1. März 2020 in Kraft treten;

2. Der Artikel 7 Nummer 1, 15, 31 und 38, die mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Art. 41 - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 28. Oktober 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Anhang 1 zum Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Ab dem 1. Januar 2021 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe IV:

Barema			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Erhöhung	jährl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	zweijährl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	zweijährl.	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40

Barema			IV/1-59	IV/2-59	IV/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Erhöhung	jährl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	zweijährl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	zweijährl.	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	zweijährl.	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39

9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

Ab dem 1. Januar 2022 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Erhöhung	jährl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	zweijährl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	zweijährl.	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Erhöhung	jährl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	zweijährl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	zweijährl.	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	zweijährl.	1	1.036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22

11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02

Ab dem 1. Januar 2023 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Erhöhung	jährl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	zweijährl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	zweijährl.	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Erhöhung	jährl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	zweijährl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	zweijährl.	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	zweijährl.	1	1.055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72

13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Eupen, den 28. Oktober 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Anhang 2 zum Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Ab dem 1. Januar 2021 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe IV:

Barema			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Erhöhung	jährl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	zweijährl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	zweijährl.	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40

Barema			IV/1-59	IV/2-59	IV/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Erhöhung	jährl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	zweijährl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	zweijährl.	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	zweijährl.	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

Ab dem 1. Januar 2022 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Erhöhung	jährl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	zweijährl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	zweijährl.	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Erhöhung	jährl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	zweijährl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	zweijährl.	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	zweijährl.	1	1.036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89

1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02

Ab dem 1. Januar 2023 gelten folgende Gehaltstabellen in der Stufe II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Erhöhung	jährl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	zweijährl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	zweijährl.	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Erhöhung	jährl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	zweijährl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	zweijährl.	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	zweijährl.	1	1.055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68

2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 28. Oktober 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/201253]

28 OCTOBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions statutaires et pécuniaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, §§ 1^{er} et 3, remplacé par la loi spéciale du 8 août 1988;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;

Vu l'avis motivé rendu le 10 mai 2021 par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S3/2021 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone des 30 juin et 2 juillet 2021;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 9 juillet 2021;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 70 104, donné le 27 septembre 2021, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Article 1^{er} - L'article 11.1 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au sein des départements, le Gouvernement peut créer des unités dirigées par un chef d'unité et regroupant au moins trois collaborateurs, en ce compris le chef. Les chefs de cellule ont autorité vis-à-vis des collaborateurs qui leur sont rattachés. Les chefs d'unité sont placés sous la responsabilité du chef de département. »

Art. 2 - Dans le chapitre 1^{er}, section 2, du même arrêté, modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, il est inséré un article 11.3 rédigé comme suit :

« Art. 11.3 - Pour pouvoir pourvoir au poste de chef d'unité, le chef de département lance un appel aux candidats au sein de son département, contenant le profil exigé, et compare ensuite l'aptitude et les capacités des candidats quant à la mission de management. Ensuite, le chef de département propose au secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel les unités qu'il souhaite constituer, la personne qu'il désigne comme chef d'unité et les collaborateurs qui en feront partie. Après délibération avec le chef de département, le secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel transmet cette proposition au conseil de direction. Le conseil de direction soumet au Gouvernement la proposition relative à la structure demandée pour l'unité et la personne proposée pour la diriger.

Le Gouvernement statue sur la structure de l'unité et désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, des chefs de cellule parmi les agents ayant une évaluation « positive », qu'ils soient statutaires, contractuels ou détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le Ministère.

Sur la proposition du chef de département, le secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel statue sur l'affectation de collaborateurs auprès d'un chef d'unité.

Le Gouvernement peut, en raison de manquements graves, mettre prématurément fin à la désignation d'un chef d'unité, et ce, sur la proposition du conseil de direction qui aura au préalable entendu l'intéressé.

Le chef d'unité peut en tout temps quitter ses fonctions moyennant un préavis de trois mois. »

Art. 3 - L'article 73 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 13 mars 2008 et 19 janvier 2017, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

§ 5 - Lors de son engagement auprès du Ministère, les services qu'un apprenant y a prestés à partir de 18 ans dans le cadre de la partie pratique d'une formation en alternance sont assimilés aux services mentionnés au § 1^{er}. »

Art. 4 - Dans l'article 81.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les mots « qu'agent contractuel » sont remplacés par les mots « qu'agent statutaire ou contractuel du Ministère ».

Art. 5 - L'article 87.2, § 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pendant la durée de sa désignation en tant que chef d'unité, celui-ci perçoit une allocation de management et d'encadrement. »

Art. 6 - À l'article 87.4 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, première phrase, devient l'alinéa 1^{er};

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le chef de cellule reçoit une allocation qui, dans le cas d'un temps plein, représente la moitié du montant y mentionné. »;

3° l'alinéa 1^{er}, deuxième et troisième phrases, devient l'alinéa 3;

4° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, les mots « pour la durée » sont remplacés par les mots « à partir du 31^e jour d'absence pour la durée restante »;

5° l'alinéa 3 devient l'alinéa 5.

Art. 7 - À l'article 109 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° accouchement de l'épouse/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement :

a) à partir du 1^{er} janvier 2021 : 15 jours de travail;

b) à partir du 1^{er} janvier 2023 : 20 jours de travail; »

2° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° décès du conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement ou d'un enfant de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement ou décès d'un enfant placé dans le foyer du membre du personnel au moment de son décès ou, par le passé, dans le cadre d'une prise en charge de longue durée d'au moins six mois : 10 jours de travail; »

3° l'alinéa est complété par un 3^{bis} rédigé comme suit :

« 3^{bis} décès d'un membre de la famille, parent ou allié au 1^{er} degré de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement : 4 jours de travail; ».

Art. 8 - Dans l'article 125 du même arrêté, l'alinéa 4, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est abrogé.

Art. 9 - À l'article 126, alinéa 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « énumérées à l'article 124 » sont insérés entre les mots « congé prénatal » et les mots « , elles sont assimilées », et les mots « jours ouvrables normaux » sont remplacés par les mots « jours ouvrables prestés »;

2° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° les absences pour cause de maladie ou d'infirmité; »

3° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° les absences pour cause d'accident du travail ou sur le chemin du travail; »

4° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° l'éloignement de l'agent féminin statutaire en raison d'un risque constaté. »

Art. 10 - L'intitulé du chapitre VIII, section 5, sous-section 5.2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Sous-section 5.2 - Congé d'adoption ou d'accueil ».

Art. 11 - L'article 133 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 133 - L'agent statutaire a droit, à sa demande, à un congé lorsqu'il accueille un enfant mineur en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse.

Le congé prend cours le jour où l'enfant mineur rejoint le ménage de l'agent statutaire. En cas d'adoption internationale, l'agent statutaire peut solliciter le congé dès que l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption a pris la décision de lui confier un enfant mineur.

La durée du congé est fixée comme suit :

- 1° huit semaines à partir du 1^{er} janvier 2021;
- 2° neuf semaines à partir du 1^{er} janvier 2023;
- 3° dix semaines à partir du 1^{er} janvier 2025;
- 4° onze semaines à partir du 1^{er} janvier 2027.

C'est le jour mentionné à l'alinéa 2 qui est déterminant pour la fixation de la durée du congé.

En cas d'accueil simultané de plusieurs enfants mineurs, la durée du congé est prolongée de deux semaines. »

Art. 12 - Dans le chapitre VIII, section 7, du même arrêté, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, il est inséré un article 148.1 rédigé comme suit :

« Art. 148.1 - Jusqu'au début du congé de maternité, les jours de maladie directement liés à l'état de grossesse de l'agent féminin statutaire ne sont pas pris en considération pour fixer le nombre de jours de congé pour cause de maladie mentionnée à l'article 145, à condition que l'absence soit couverte par un certificat médical et que le médecin chargé par le Gouvernement de contrôler les absences pour cause de maladie ou d'infirmité confirme que l'absence est liée à l'état de grossesse. Ces absences sont rémunérées et assimilées à des périodes d'activité de service. »

Art. 13 - Dans le chapitre XII du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 2005, il est inséré un article 225.2 rédigé comme suit :

« Art. 225.2 - Par dérogation à l'article 87.4, alinéa 2, les collaborateurs qui, le 31 octobre 2021, perçoivent l'allocation mentionnée à l'article 87.4, alinéa 1^{er}, et n'ont pas été désignés en tant que membre du comité de direction, chef de département ou chef d'un service à gestion séparée, continuent de percevoir ladite allocation à partir de l'entrée en vigueur de l'arrêté s'ils sont désignés en tant que chefs d'unité. »

Art. 14 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 225.3 rédigé comme suit :

« Art. 225.3 - Par dérogation à l'article 11.3, alinéa 2, le Gouvernement désigne comme chefs d'unité, au moment de l'entrée en vigueur de l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 modifiant différentes dispositions statutaires et péuniaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone, les collaborateurs qui, à la veille de cette date étaient désignés en tant que chefs d'équipe en application des articles 7 et 9.1 de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, et ce, pour la durée restante de leur désignation initiale en tant que chef d'équipe. »

Art. 15 - L'annexe II du même arrêté est complétée par les échelles de traitement figurant à l'annexe 1^{re} jointe au présent arrêté.

CHAPITRE 2. — Modification de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents

Art. 16 - Dans l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, il est inséré un article 9.1 rédigé comme suit :

« Art. 9.1 - À l'article 11.1 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots " du Ministère », « par le Gouvernement » et « du ministre compétent pour les matières concernées » sont respectivement remplacés par les mots « de l'organisme », « par le conseil d'administration » et « du directeur délégué »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement fixe le nombre de départements et des unités au sein de l'organisme. »

Art. 17 - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 19 janvier 2017, il est inséré un article 9.2 rédigé comme suit :

« Art. 9.2 - Dans l'article 11.2 du même arrêté, les mots « Le Gouvernement » et « le Ministère » sont respectivement remplacés par les mots « Le conseil d'administration » et « l'organisme ».

Art. 18 - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 19 janvier 2017, il est inséré un article 9.3 rédigé comme suit :

« Art. 9.3 - À l'article 11.3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « le Ministère » sont remplacés par les mots « l'organisme » et les mots « secrétaire général suppléant compétent en matière de Personnel » par les mots « directeur délégué »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« S'il n'existe pas de conseil de direction au sein de l'organisme, c'est le conseil d'administration qui en remplit les missions. »

Art. 19 - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 19 janvier 2017, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 - L'article 58 du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La réduction de l'ancienneté de rang ou de niveau, selon le cas, mentionnée aux alinéas 2 et 3, requiert l'autorisation préalable du Gouvernement. »

Art. 20 - Dans l'article 15.15 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, la version de l'article 87.2, § 1^{er}, est complétée par un alinéa rédigé comme suit :

« Pendant la durée de sa désignation en tant que chef d'unité, celui-ci perçoit une allocation de management et d'encadrement. »

Art. 21 - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par le décret du 19 janvier 2017, il est inséré un article 15.16 rédigé comme suit :

« Art. 15.16 - Dans l'article 87.5 du même arrêté du Gouvernement, les mots « par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « par le conseil d'administration ».

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public*

Art. 22 - À l'article 2, alinéa 2 de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° lors d'engagements intervenant en raison d'une urgence ou en application de l'article 4 et dont la durée n'excède pas trois mois; »

2° dans le 3°, la phrase est complétée par les mots « , que la relation temporaire de travail précédente ait fait l'objet d'un appel écrit aux candidats, que le nouvel engagement concerne le même poste ou un poste similaire pour lequel un appel écrit aux candidats a été lancé et que la durée du nouveau contrat de travail ne diffère pas outre mesure de la durée originaire ».

Art. 23 - L'article 7 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est abrogé.

Art. 24 - L'article 9.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est abrogé.

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Art. 25 - À l'article 11 de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au sein des départements, le conseil d'administration peut créer des unités dirigées par un chef d'unité et regroupant au moins trois collaborateurs, le chef y compris. Les chefs d'unité ont autorité vis-à-vis des collaborateurs qui leur sont rattachés. Les chefs d'unité sont placés sous la responsabilité du chef de département. »

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement fixe le nombre d'unité au sein du BRF. »

Art. 26 - Dans le chapitre 1^{er}, section 2, du même arrêté, il est inséré un article 12.1 rédigé comme suit :

« Art. 12.1 - Le conseil d'administration désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, des chefs d'unité parmi les agents ayant une évaluation « positive », qu'ils soient statutaires, contractuels ou détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le BRF.

Le chef de département lance un appel aux candidats au sein de son département, contenant le profil exigé, et compare ensuite l'aptitude et les capacités des candidats quant à la mission de management. Ensuite, le chef de département propose au directeur les unités qu'il souhaite constituer, la personne qu'il désigne comme chef d'unité et les collaborateurs qui en feront partie. Après délibération avec le chef de département, le directeur transmet cette proposition au conseil de direction. Le conseil de direction soumet au conseil d'administration la proposition relative à la structure demandée pour l'unité et la personne proposée pour la diriger.

Le conseil d'administration statue sur la structure de l'unité et désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, le chef d'unité parmi les agents ayant une évaluation « positive ».

Sur la proposition du chef de département, le directeur statue sur l'affectation de collaborateurs auprès d'un chef d'unité.

Le conseil d'administration peut, en raison de manquements graves, mettre prématurément fin à la désignation d'un chef d'unité, et ce, sur la proposition du conseil de direction qui aura au préalable entendu l'intéressé.

Le chef d'unité peut en tout temps quitter ses fonctions moyennant un préavis de trois mois. »

Art. 27 - L'article 63 du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La réduction de l'ancienneté de rang ou de niveau, selon le cas, mentionnée aux alinéas 2 et 3, requiert l'autorisation préalable du Gouvernement. »

Art. 28 - L'article 78 du même arrêté est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Lors de son engagement auprès du BRF, les services qu'un apprenant y a prestés à partir de 18 ans, dans le cadre de la partie pratique d'une formation en alternance, sont assimilés aux services mentionnés au § 1^{er}. »

Art. 29 - Dans l'article 94 du même arrêté, le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pendant la durée de sa désignation en tant que chef d'unité, celui-ci perçoit une allocation de management et d'encadrement. »

Art. 30 - À l'article 96 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, première phrase, devient l'alinéa 1^{er};

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le chef d'unité reçoit une allocation qui, dans le cas d'un temps plein, représente la moitié du montant y mentionné. »;

3° l'alinéa 1^{er}, deuxième et troisième phrases, devient l'alinéa 3;

4° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, les mots « pour la durée » sont remplacés par les mots « à partir du 31^e jour d'absence pour la durée restante »;

5° l'alinéa 3 devient l'alinéa 5.

Art. 31 - À l'article 121 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° accouchement de l'épouse/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement :

a) à partir du 1^{er} janvier 2021 : 15 jours de travail;

b) à partir du 1^{er} janvier 2023 : 20 jours de travail; ».

2° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° décès du conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement ou d'un enfant de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement ou décès d'un enfant placé dans le foyer du membre du personnel au moment de son décès ou, par le passé, dans le cadre d'une prise en charge de longue durée d'au moins six mois : 10 jours de travail; »

3° l'alinéa est complété par un *3bis* rédigé comme suit :

« *3bis* décès d'un membre de la famille, parent ou allié au 1^{er} degré de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement : 4 jours de travail; ».

Art. 32 - Dans l'article 136 du même arrêté, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 33 - À l'article 138, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « énumérées à l'article 136 » sont insérés entre les mots « congé prénatal » et les mots « , elles sont assimilées », et les mots « jours ouvrables normaux » sont remplacés par les mots « jours ouvrables prestés »;

2° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° les absences pour cause de maladie ou d'infirmité; »;

3° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° les absences pour cause d'accident du travail ou sur le chemin du travail; »;

4° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° l'éloignement de l'agent féminin statutaire en raison d'un risque constaté. »

Art. 34 - L'intitulé du chapitre 9, section 5, sous-section 5.2, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Sous-section 5.2 - Congé d'adoption ou d'accueil ».

Art. 35 - L'article 146 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 146 - L'agent statutaire a droit, à sa demande, à un congé lorsqu'il accueille un enfant mineur en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle.

Le congé prend cours le jour où l'enfant mineur rejoint le ménage de l'agent statutaire. En cas d'adoption internationale, l'agent statutaire peut solliciter le congé dès que l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption a pris la décision de lui confier un enfant mineur.

La durée du congé est fixée comme suit :

1° huit semaines à partir du 1^{er} janvier 2021;

2° neuf semaines à partir du 1^{er} janvier 2023;

3° dix semaines à partir du 1^{er} janvier 2025;

4° onze semaines à partir du 1^{er} janvier 2027.

C'est le jour mentionné à l'alinéa 2 qui est déterminant pour la fixation de la durée du congé.

En cas d'accueil simultané de plusieurs enfants mineurs, la durée du congé est prolongée de deux semaines. »

Art. 36 - Dans la section 7 du même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 163.1 rédigé comme suit :

« Art. 163.1 - Jusqu'au début du congé de maternité, les jours de maladie directement liés à l'état de grossesse de l'agent féminin statutaire ne sont pas pris en considération pour fixer le nombre de jours de congé pour cause de maladie mentionné à l'article 160, à condition que l'absence soit couverte par un certificat médical et que le médecin chargé par le Gouvernement de contrôler les absences pour cause de maladie ou d'infirmité confirme que l'absence est liée à l'état de grossesse. Ces absences sont rémunérées et assimilées à des périodes d'activité de service. »

Art. 37 - Dans le chapitre 13 du même arrêté, il est inséré un article 241.1 rédigé comme suit :

« Art. 241.1 - Par dérogation à l'article 96, alinéa 2, les collaborateurs qui, à la veille de l'entrée en vigueur de l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 modifiant différentes dispositions statutaires et pécuniaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone, perçoivent l'allocation mentionnée à l'article 96, alinéa 1^{er}, et n'ont pas été désignés en tant que chef de département ou membre du comité de direction, continuent de percevoir ladite allocation à partir de l'entrée en vigueur de l'arrêté s'ils sont désignés en tant que chef d'unité. »

Art. 38 - L'annexe II du même arrêté est complétée par les échelles de traitement figurant à l'annexe 2 jointe au présent arrêté.

CHAPITRE 5. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone*

Art. 39 - À l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° lors d'engagements intervenant en raison d'une urgence ou en application de l'article 5 et dont la durée n'excède pas trois mois; »

2° dans le 3°, la phrase est complétée par les mots « , que la relation temporaire de travail précédente ait fait l'objet d'un appel écrit aux candidats, que le nouvel engagement concerne le même poste ou un poste similaire pour lequel un appel écrit aux candidats a été lancé et que la durée du nouveau contrat de travail ne diffère pas outre mesure de la durée originare ».

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales*

Art. 40 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} août 2021, à l'exception :

1° des articles 8, 9, 32 et 33, qui produisent leurs effets le 1^{er} mars 2020;

2° des articles 7, 1°, 15, 31 et 38, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2021.

Art. 41 - Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 28 octobre 2021

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Annexe 1^{re} à l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 modifiant différentes dispositions statutaires et pécuniaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2021 au niveau IV :

Barème			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Augmentation	annale	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	biennale	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	biennale	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min.			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
Max.			14 120,12	14 569,47	15 284,53	15 871,92	16 906,21	18 336,40
0			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
1			12 781,35	13 025,78	13 740,84	14 195,56	15 097,20	16 117,29
2			12 860,10	13 116,56	13 831,62	14 294,14	15 203,60	16 247,79
3			12 938,85	13 207,34	13 922,40	14 392,72	15 310,00	16 378,29
5			13 096,34	13 388,93	14 103,99	14 589,92	15 522,79	16 639,34
7			13 253,83	13 570,52	14 285,58	14 787,12	15 735,58	16 900,39
9			13 411,32	13 752,11	14 467,17	14 984,32	15 948,37	17 161,44
11			13 499,92	13 854,28	14 569,34	15 095,27	16 068,10	17 308,31
13			13 588,52	13 956,45	14 671,51	15 206,22	16 187,83	17 455,18
15			13 677,12	14 058,62	14 773,68	15 317,17	16 307,56	17 602,05
17			13 765,72	14 160,79	14 875,85	15 428,12	16 427,29	17 748,92
19			13 854,32	14 262,96	14 978,02	15 539,07	16 547,02	17 895,79
21			13 942,92	14 365,13	15 080,19	15 650,02	16 666,75	18 042,66
23			14 031,52	14 467,30	15 182,36	15 760,97	16 786,48	18 189,53
25			14 120,12	14 569,47	15 284,53	15 871,92	16 906,21	18 336,40

Barème			IV/1-59	IV/2-59	V/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Augmentation	annale	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	biennale	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	biennale	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	biennale	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min.			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
Max.			14 208,72	14 671,64	15 386,70	15 982,87	17 025,94	18 483,27
0			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
1			12 781,35	13 025,78	13 740,84	14 195,56	15 097,20	16 117,29
2			12 860,10	13 116,56	13 831,62	14 294,14	15 203,60	16 247,79
3			12 938,85	13 207,34	13 922,40	14 392,72	15 310,00	16 378,29
5			13 096,34	13 388,93	14 103,99	14 589,92	15 522,79	16 639,34
7			13 253,83	13 570,52	14 285,58	14 787,12	15 735,58	16 900,39
9			13 411,32	13 752,11	14 467,17	14 984,32	15 948,37	17 161,44
11			13 499,92	13 854,28	14 569,34	15 095,27	16 068,10	17 308,31
13			13 588,52	13 956,45	14 671,51	15 206,22	16 187,83	17 455,18
15			13 677,12	14 058,62	14 773,68	15 317,17	16 307,56	17 602,05
17			13 765,72	14 160,79	14 875,85	15 428,12	16 427,29	17 748,92
19			13 854,32	14 262,96	14 978,02	15 539,07	16 547,02	17 895,79
21			13 942,92	14 365,13	15 080,19	15 650,02	16 666,75	18 042,66
23			14 031,52	14 467,30	15 182,36	15 760,97	16 786,48	18 189,53
25			14 208,72	14 671,64	15 386,70	15 982,87	17 025,94	18 483,27

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2022 au niveau II+ :

Barème			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Augmentation	annale	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	biennale	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	biennale	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min.			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
Max.			25 959,59	27 273,39	30 296,70	35 475,83	44 208,82
0			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
1			18 128,39	20 430,23	23 116,13	28 295,26	37 028,25
2			18 589,05	20 832,77	23 538,49	28 717,62	37 450,61
3			19 049,71	21 235,32	23 960,85	29 139,98	37 872,97
5			19 971,03	22 040,41	24 805,60	29 984,73	38 717,72
7			20 892,35	22 845,50	25 650,35	30 829,48	39 562,47
9			21 813,67	23 650,59	26 495,10	31 674,23	40 407,22
11			22 331,91	24 103,44	26 970,30	32 149,43	40 882,42
13			22 850,15	24 556,29	27 445,50	32 624,63	41 357,62
15			23 368,39	25 009,14	27 920,70	33 099,83	41 832,82
17			23 886,63	25 461,99	28 395,90	33 575,03	42 308,02
19			24 404,87	25 914,84	28 871,10	34 050,23	42 783,22
21			24 923,11	26 367,69	29 346,30	34 525,43	43 258,42
23			25 441,35	26 820,54	29 821,50	35 000,63	43 733,62
25			25 959,59	27 273,39	30 296,70	35 475,83	44 208,82

Barème			II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59
Augmentation	annale	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	biennale	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	biennale	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	biennale	1	1 036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min.			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
Max.			26 477,83	27 726,24	30 771,90	35 951,03	44 684,02
0			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
1			18 128,39	20 430,23	23 116,13	28 295,26	37 028,25
2			18 589,05	20 832,77	23 538,49	28 717,62	37 450,61
3			19 049,71	21 235,32	23 960,85	29 139,98	37 872,97
5			19 971,03	22 040,41	24 805,60	29 984,73	38 717,72
7			20 892,35	22 845,50	25 650,35	30 829,48	39 562,47
9			21 813,67	23 650,59	26 495,10	31 674,23	40 407,22
11			22 331,91	24 103,44	26 970,30	32 149,43	40 882,42
13			22 850,15	24 556,29	27 445,50	32 624,63	41 357,62
15			23 368,39	25 009,14	27 920,70	33 099,83	41 832,82
17			23 886,63	25 461,99	28 395,90	33 575,03	42 308,02
19			24 404,87	25 914,84	28 871,10	34 050,23	42 783,22
21			24 923,11	26 367,69	29 346,30	34 525,43	43 258,42
23			25 441,35	26 820,54	29 821,50	35 000,63	43 733,62
25			26 477,83	27 726,24	30 771,90	35 951,03	44 684,02

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2023 au niveau II+ :

Barème			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Augmentation	annale	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	biennale	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	biennale	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min.			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
Max.			26 443,62	27 781,92	30 861,61	36 137,31	45 033,14
0			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
1			18 466,41	20 811,14	23 547,15	28 822,85	37 718,68
2			18 935,66	21 221,17	23 977,39	29 253,09	38 148,92
3			19 404,91	21 631,20	24 407,63	29 683,33	38 579,16
5			20 343,44	22 451,28	25 268,13	30 543,83	39 439,66
7			21 281,97	23 271,36	26 128,63	31 404,33	40 300,16
9			22 220,50	24 091,44	26 989,13	32 264,83	41 160,66
11			22 748,39	24 552,75	27 473,19	32 748,89	41 644,72
13			23 276,28	25 014,06	27 957,25	33 232,95	42 128,78
15			23 804,17	25 475,37	28 441,31	33 717,01	42 612,84
17			24 332,06	25 936,68	28 925,37	34 201,07	43 096,90
19			24 859,95	26 397,99	29 409,43	34 685,13	43 580,96
21			25 387,84	26 859,30	29 893,49	35 169,19	44 065,02
23			25 915,73	27 320,61	30 377,55	35 653,25	44 549,08
25			26 443,62	27 781,92	30 861,61	36 137,31	45 033,14

Barème			II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59
Augmentation	annale	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	biennale	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	biennale	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	biennale	1	1 055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min.			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
Max.			26 971,51	28 243,23	31 345,67	36 621,37	45 517,20
0			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
1			18 466,41	20 811,14	23 547,15	28 822,85	37 718,68
2			18 935,66	21 221,17	23 977,39	29 253,09	38 148,92
3			19 404,91	21 631,20	24 407,63	29 683,33	38 579,16
5			20 343,44	22 451,28	25 268,13	30 543,83	39 439,66
7			21 281,97	23 271,36	26 128,63	31 404,33	40 300,16
9			22 220,50	24 091,44	26 989,13	32 264,83	41 160,66
11			22 748,39	24 552,75	27 473,19	32 748,89	41 644,72
13			23 276,28	25 014,06	27 957,25	33 232,95	42 128,78
15			23 804,17	25 475,37	28 441,31	33 717,01	42 612,84
17			24 332,06	25 936,68	28 925,37	34 201,07	43 096,90
19			24 859,95	26 397,99	29 409,43	34 685,13	43 580,96
21			25 387,84	26 859,30	29 893,49	35 169,19	44 065,02
23			25 915,73	27 320,61	30 377,55	35 653,25	44 549,08
25			26 971,51	28 243,23	31 345,67	36 621,37	45 517,20

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021.
Eupen, le 28 octobre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :
Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 modifiant différentes dispositions statutaires et pécuniaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2021 au niveau IV :

Barème			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Augmentation	annale	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	biennale	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	biennale	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min.			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
Max.			14 120,12	14 569,47	15 284,53	15 871,92	16 906,21	18 336,40
0			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
1			12 781,35	13 025,78	13 740,84	14 195,56	15 097,20	16 117,29
2			12 860,10	13 116,56	13 831,62	14 294,14	15 203,60	16 247,79
3			12 938,85	13 207,34	13 922,40	14 392,72	15 310,00	16 378,29
5			13 096,34	13 388,93	14 103,99	14 589,92	15 522,79	16 639,34
7			13 253,83	13 570,52	14 285,58	14 787,12	15 735,58	16 900,39
9			13 411,32	13 752,11	14 467,17	14 984,32	15 948,37	17 161,44
11			13 499,92	13 854,28	14 569,34	15 095,27	16 068,10	17 308,31
13			13 588,52	13 956,45	14 671,51	15 206,22	16 187,83	17 455,18
15			13 677,12	14 058,62	14 773,68	15 317,17	16 307,56	17 602,05
17			13 765,72	14 160,79	14 875,85	15 428,12	16 427,29	17 748,92
19			13 854,32	14 262,96	14 978,02	15 539,07	16 547,02	17 895,79
21			13 942,92	14 365,13	15 080,19	15 650,02	16 666,75	18 042,66
23			14 031,52	14 467,30	15 182,36	15 760,97	16 786,48	18 189,53
25			14 120,12	14 569,47	15 284,53	15 871,92	16 906,21	18 336,40

Barème			IV/1-59	IV/2-59	V/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Augmentation	annale	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	biennale	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	biennale	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	biennale	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min.			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
Max			14 208,72	14 671,64	15 386,70	15 982,87	17 025,94	18 483,27
0			12 702,60	12 935,00	13 650,06	14 096,98	14 990,80	15 986,79
1			12 781,35	13 025,78	13 740,84	14 195,56	15 097,20	16 117,29
2			12 860,10	13 116,56	13 831,62	14 294,14	15 203,60	16 247,79
3			12 938,85	13 207,34	13 922,40	14 392,72	15 310,00	16 378,29
5			13 096,34	13 388,93	14 103,99	14 589,92	15 522,79	16 639,34
7			13 253,83	13 570,52	14 285,58	14 787,12	15 735,58	16 900,39
9			13 411,32	13 752,11	14 467,17	14 984,32	15 948,37	17 161,44
11			13 499,92	13 854,28	14 569,34	15 095,27	16 068,10	17 308,31
13			13 588,52	13 956,45	14 671,51	15 206,22	16 187,83	17 455,18

15			13 677,12	14 058,62	14 773,68	15 317,17	16 307,56	17 602,05
17			13 765,72	14 160,79	14 875,85	15 428,12	16 427,29	17 748,92
19			13 854,32	14 262,96	14 978,02	15 539,07	16 547,02	17 895,79
21			13 942,92	14 365,13	15 080,19	15 650,02	16 666,75	18 042,66
23			14 031,52	14 467,30	15 182,36	15 760,97	16 786,48	18 189,53
25			14 208,72	14 671,64	15 386,70	15 982,87	17 025,94	18 483,27

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2022 au niveau II+ :

Barème			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Augmentation	annale	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	biennale	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	biennale	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min.			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
Max.			25 959,59	27 273,39	30 296,70	35 475,83	44 208,82
0			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
1			18 128,39	20 430,23	23 116,13	28 295,26	37 028,25
2			18 589,05	20 832,77	23 538,49	28 717,62	37 450,61
3			19 049,71	21 235,32	23 960,85	29 139,98	37 872,97
5			19 971,03	22 040,41	24 805,60	29 984,73	38 717,72
7			20 892,35	22 845,50	25 650,35	30 829,48	39 562,47
9			21 813,67	23 650,59	26 495,10	31 674,23	40 407,22
11			22 331,91	24 103,44	26 970,30	32 149,43	40 882,42
13			22 850,15	24 556,29	27 445,50	32 624,63	41 357,62
15			23 368,39	25 009,14	27 920,70	33 099,83	41 832,82
17			23 886,63	25 461,99	28 395,90	33 575,03	42 308,02
19			24 404,87	25 914,84	28 871,10	34 050,23	42 783,22
21			24 923,11	26 367,69	29 346,30	34 525,43	43 258,42
23			25 441,35	26 820,54	29 821,50	35 000,63	43 733,62
25			25 959,59	27 273,39	30 296,70	35 475,83	44 208,82

Barème			II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59
Augmentation	annale	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	biennale	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	biennale	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	biennale	1	1 036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min.			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
Max.			26 477,83	27 726,24	30 771,90	35 951,03	44 684,02
0			17 667,73	20 027,68	22 693,77	27 872,90	36 605,89
1			18 128,39	20 430,23	23 116,13	28 295,26	37 028,25
2			18 589,05	20 832,77	23 538,49	28 717,62	37 450,61
3			19 049,71	21 235,32	23 960,85	29 139,98	37 872,97
5			19 971,03	22 040,41	24 805,60	29 984,73	38 717,72
7			20 892,35	22 845,50	25 650,35	30 829,48	39 562,47
9			21 813,67	23 650,59	26 495,10	31 674,23	40 407,22
11			22 331,91	24 103,44	26 970,30	32 149,43	40 882,42
13			22 850,15	24 556,29	27 445,50	32 624,63	41 357,62
15			23 368,39	25 009,14	27 920,70	33 099,83	41 832,82

17			23 886,63	25 461,99	28 395,90	33 575,03	42 308,02
19			24 404,87	25 914,84	28 871,10	34 050,23	42 783,22
21			24 923,11	26 367,69	29 346,30	34 525,43	43 258,42
23			25 441,35	26 820,54	29 821,50	35 000,63	43 733,62
25			26 477,83	27 726,24	30 771,90	35 951,03	44 684,02

Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2023 au niveau II+ :

Barème			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Augmentation	annale	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	biennale	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	biennale	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min.			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
Max.			26 443,62	27 781,92	30 861,61	36 137,31	45 033,14
0			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
1			18 466,41	20 811,14	23 547,15	28 822,85	37 718,68
2			18 935,66	21 221,17	23 977,39	29 253,09	38 148,92
3			19 404,91	21 631,20	24 407,63	29 683,33	38 579,16
5			20 343,44	22 451,28	25 268,13	30 543,83	39 439,66
7			21 281,97	23 271,36	26 128,63	31 404,33	40 300,16
9			22 220,50	24 091,44	26 989,13	32 264,83	41 160,66
11			22 748,39	24 552,75	27 473,19	32 748,89	41 644,72
13			23 276,28	25 014,06	27 957,25	33 232,95	42 128,78
15			23 804,17	25 475,37	28 441,31	33 717,01	42 612,84
17			24 332,06	25 936,68	28 925,37	34 201,07	43 096,90
19			24 859,95	26 397,99	29 409,43	34 685,13	43 580,96
21			25 387,84	26 859,30	29 893,49	35 169,19	44 065,02
23			25 915,73	27 320,61	30 377,55	35 653,25	44 549,08
25			26 443,62	27 781,92	30 861,61	36 137,31	45 033,14

Barème			II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59	II+/-59
Augmentation	annale	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	biennale	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	biennale	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	biennale	1	1 055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min.			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
Max.			26 971,51	28 243,23	31 345,67	36 621,37	45 517,20
0			17 997,16	20 401,11	23 116,91	28 392,61	37 288,44
1			18 466,41	20 811,14	23 547,15	28 822,85	37 718,68
2			18 935,66	21 221,17	23 977,39	29 253,09	38 148,92
3			19 404,91	21 631,20	24 407,63	29 683,33	38 579,16
5			20 343,44	22 451,28	25 268,13	30 543,83	39 439,66
7			21 281,97	23 271,36	26 128,63	31 404,33	40 300,16
9			22 220,50	24 091,44	26 989,13	32 264,83	41 160,66
11			22 748,39	24 552,75	27 473,19	32 748,89	41 644,72
13			23 276,28	25 014,06	27 957,25	33 232,95	42 128,78
15			23 804,17	25 475,37	28 441,31	33 717,01	42 612,84
17			24 332,06	25 936,68	28 925,37	34 201,07	43 096,90

19			24 859,95	26 397,99	29 409,43	34 685,13	43 580,96
21			25 387,84	26 859,30	29 893,49	35 169,19	44 065,02
23			25 915,73	27 320,61	30 377,55	35 653,25	44 549,08
25			26 971,51	28 243,23	31 345,67	36 621,37	45 517,20

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021.
Eupen, le 28 octobre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :
Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/201253]

28 OKTOBER 2021. — Besluit van de Regering tot wijziging van verschillende bepalingen van de rechtspositie-regeling en bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, §§ 1 en 3, vervangen bij de bijzondere wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 10 mei 2021;

Gelet op het protocol nr. S3/2021 van 30 juni en 2 juli 2021 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 9 juli 2021;

Gelet op advies 70.104 van de Raad van State, gegeven op 27 september 2021, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-Président, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1 — Wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

Artikel 1 - Artikel 11.1 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Binnen de departementen kan de Regering administratieve eenheden oprichten die geleid worden door een eenheidshoofd en die bestaan uit minstens drie medewerkers, eenheidshoofd inbegrepen. De eenheidshoofden hebben beslissingsbevoegdheid ten aanzien van hun medewerkers. De eenheidshoofden ressorteren onder het departementshoofd."

Art. 2 - In hoofdstuk I, afdeling 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt een artikel 11.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.3 - Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd in het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt en vergelijkt het departementshoofd vervolgens de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak. Het departementshoofd stelt vervolgens aan de plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel voor welke administratieve eenheden hij wil oprichten, wie als eenheidshoofd zou moeten worden aangewezen en welke medewerkers tot de administratieve eenheid zouden moeten behoren. Na overleg met het departementshoofd legt de plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel die voordracht voor aan de Directieraad. De Directieraad legt het voorstel betreffende de aangevraagde structuur van de administratieve eenheid en het voorgestelde eenheidshoofd voor aan de Regering."

De Regering beslist over de structuur van de administratieve eenheid en wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar eenheidshoofden aan onder de met "positief" geëvalueerde ambtenaren, contractuelen of met een opdracht voor het Ministerie belaste personeelsleden van het onderwijs.

De plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel beslist op de voordracht van het departementshoofd welke medewerkers aan een eenheidshoofd worden toegewezen vanuit het oogpunt van het personeelsrecht.

Op de voordracht van de directieraad, die de betrokkene vooraf gehoord heeft, kan de Regering de aanwijzing van een eenheidshoofd op grond van ernstige tekortkomingen voortijdig beëindigen.

Het eenheidshoofd kan zijn ambt te allen tijde neerleggen, met inachtneming van een opzegtermijn van drie maanden."

Art. 3 - Artikel 73 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 13 maart 2008 en 19 januari 2017, wordt aangevuld met een § 5, luidende:

"§ 5 - De diensten die een op te leiden persoon vanaf de leeftijd van 18 jaar in het kader van het praktische gedeelte van een duale opleiding in het Ministerie presteert, worden gelijkgesteld met de in § 1 vermelde diensten bij zijn indienstneming in het Ministerie."

Art. 4 - In artikel 81.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de woorden "degene die hij voorheen als contractueel personeelslid" vervangen door de woorden "de wedde die hij voorheen als ambtenaar van het Ministerie of als contractueel personeelslid van het Ministerie".

Art. 5 - Artikel 87.2, § 1, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"Tijdens de duur van zijn aanwijzing als eenheidshoofd ontvangt het eenheidshoofd een toelage voor managements- en stafopdrachten."

Art. 6 - In artikel 87.4 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. de eerste zin van het eerste lid wordt het eerste lid;

2. het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid ontvangt het eenheidshoofd een toelage die bij een voltijdse betrekking overeenstemt met de helft van het bedrag vermeld in het eerste lid.;"

3. de tweede en de derde zin van het eerste lid worden het derde lid;

4. in het tweede lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden "voor de duur" vervangen door de woorden "vanaf de 31ste dag afwezigheid voor de resterende duur";

5. het derde lid wordt het vijfde lid.

Art. 7 - In artikel 109 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° bevalling van de echtgenote/levenspartner:

a) vanaf 1 januari 2021: 15 werkdagen;

b) vanaf 1 januari 2023: 20 werkdagen;"

2. de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° het overlijden van de echtgenoot/echtgenote/levenspartner of het overlijden van een kind van de ambtenaar of van zijn echtgenoot/echtgenote/levenspartner of het overlijden van een pleegkind dat op het tijdstip van overlijden of in het verleden in het kader van een langdurige pleegzorg van ten minste zes maanden in het gezin van het personeelslid werd opgenomen: 10 werkdagen;"

3. er wordt een bepaling onder 3bis ingevoegd, luidende:

"3bis. het overlijden van een bloedverwant of aanverwant in de eerste graad van de ambtenaar of van zijn echtgenoot/echtgenote/levenspartner: 4 werkdagen;"

Art. 8 - Artikel 125, vierde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt opgeheven.

Art. 9 - In artikel 126, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in de inleidende zin wordt het woord "prenataal" vervangen door de woorden "in artikel 124 vermelde prenataal" en wordt het woord "gewone" vervangen door het woord "gepresteerde";

2. de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° de afwezigheden wegens ziekte of gebrekkigheid";

3. er wordt een bepaling onder 4° ingevoegd, luidende:

"4° de afwezigheden wegens een arbeidsongeval of een ongeval op weg van en naar het werk;"

4. er wordt een bepaling onder 5° ingevoegd, luidende:

"5° voor vrouwelijke ambtenaren die zwanger zijn: de verwijdering van het werk wegens een vastgesteld risico."

Art. 10 - Het opschrift van hoofdstuk VIII, afdeling 5, onderafdeling 5.2, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt:

"Onderafdeling 5.2 - Adoptieverlof of pleegouderverlof"

Art. 11 - Artikel 133 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt:

"Art. 133 - De ambtenaar heeft op eigen verzoek recht op verlof als hij een minderjarig kind opneemt in het kader van adoptie of pleegzorg.

Het verlof gaat in op de dag dat het minderjarige kind in het gezin van de ambtenaar aankomt. In geval van interlandelijke adoptie kan de ambtenaar het verlof opnemen zodra de beslissing van de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie om hem een minderjarig kind toe te vertrouwen, voorhanden is.

De duur van het verlof wordt als volgt vastgelegd:

1. acht weken vanaf 1 januari 2021;

2. negen weken vanaf 1 januari 2023;

3. tien weken vanaf 1 januari 2025;

4. elf weken vanaf 1 januari 2027.

Voor de vaststelling van de duur van het verlof is de dag vermeld in het tweede lid doorslaggevend.

Indien meer dan één minderjarig kind tegelijkertijd wordt opgenomen, wordt de duur van het verlof met twee weken verlengd."

Art. 12 - In hoofdstuk VIII, afdeling 7, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt een artikel 148.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 148.1 - Tot het begin van het moederschapsverlof worden de ziekte dagen die rechtstreeks samenhangen met de zwangerschap van de vrouwelijke ambtenaar niet afgetrokken van het in artikel 145 vermelde aantal ziekte dagen, op voorwaarde dat de afwezigheid gestaafd wordt door een medisch attest en die samenhang bevestigd wordt door de arts die door de Regering belast is met de controle van de afwezigheden wegens ziekte of gebrekkigheid. Die afwezigheden zijn bezoldigd en worden gelijkgesteld met een periode van dienstactiviteit."

Art. 13 - In hoofdstuk XII van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 maart 2005, wordt een artikel 225.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 225.2 - In afwijking van artikel 87.4, tweede lid, blijven medewerkers die op 31 oktober 2021 de in artikel 87.4, eerste lid, vermelde toelage ontvangen en niet als lid van de directieraad, als departementshoofd of als hoofd van een dienst met afzonderlijk beheer aangewezen zijn, vanaf de inwerkingtreding van het besluit de in artikel 87.4, eerste lid, vermelde toelage ontvangen, indien ze worden aangewezen als eenheidshoofd."

Art. 14 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 225.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 225.3 - In afwijking van artikel 11.3, tweede lid, wijst de Regering - bij inwerkingtreding van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 tot wijziging van verschillende bepalingen van de rechtspositieregeling en bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap - de medewerkers die op de dag vóór de inwerkingtreding - met toepassing van de artikelen 7 en 9.1 van het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut - aangesteld waren als teamleider, op de datum van inwerkingtreding van het besluit aan als eenheidshoofd en dit voor de resterende duur van hun initiële aanstelling als teamleider."

Art. 15 - In bijlage II van hetzelfde besluit worden de weddeschalen opgenomen die in bijlage 1 van dit besluit worden vermeld.

HOOFDSTUK 2. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan*

Art. 16 - In het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.1 - In artikel 11.1 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in het eerste lid worden de woorden "van het Ministerie" vervangen door de woorden "van het organisme", worden de woorden "De Regering" vervangen door de woorden "De raad van bestuur" en worden de woorden "de Minister die bevoegd is voor de betrokken aangelegenheden" vervangen door de woorden "de afgevaardigd directeur";

2. het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"De Regering bepaalt het aantal departementen en het aantal administratieve eenheden binnen het organisme."

Art. 17 - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt een artikel 9.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.2 - In artikel 11.2 van hetzelfde besluit worden de woorden "De Regering" vervangen door de woorden "De raad van bestuur" en worden de woorden "het Ministerie" vervangen door de woorden "het organisme".

Art. 18 - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt een artikel 9.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.3 - In artikel 11.3 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. de woorden "het Ministerie" worden vervangen door de woorden "het organisme" en de woorden "de plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel" wordt telkens vervangen door de woorden "de afgevaardigd directeur";

2. het artikel wordt aangevuld met een zesde lid, luidende:

"Als het organisme geen directieraad heeft, worden de taken van de directieraad uitgeoefend door de raad van bestuur."

Art. 19 - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt een artikel 14.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.1 - Artikel 58 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De 'vermindering van de rang- of niveauaciëniteit' vermeld in het tweede en het derde lid moet vooraf schriftelijk worden goedgekeurd door de Regering."

Art. 20 - In artikel 15.15 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007 en vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt het daarin vervatte artikel 87.2, § 1, van het besluit van 27 december 1996 aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"Tijdens de duur van zijn aanwijzing als eenheidshoofd ontvangt het eenheidshoofd een toelage voor managements- en stafopdrachten."

Art. 21 - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt een artikel 15.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.6 - In artikel 87.5 van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "door de Regering" vervangen door de woorden "door de raad van bestuur".

HOOFDSTUK 3. — Wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut

Art. 22 - In artikel 2, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 23 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

“2° bij indienstnemingen voor ten hoogste drie maanden die wegens dringende noodzakelijkheid of met toepassing van artikel 4 geschieden;”

2° in de bepaling onder 3° wordt het woord “weerdienstneming” telkens vervangen door de woorden “nieuwe indienstneming” en voorts wordt de bepaling onder 3° aangevuld met de woorden “, voor zover een openbare oproep tot de gegadigden werd gedaan voor de vorige aanstelling van bepaalde duur, voor zover de nieuwe indienstneming betrekking heeft op dezelfde of een vergelijkbare betrekking als die waarvoor een openbare oproep tot de gegadigden werd gedaan en voor zover de duur van de nieuwe arbeidsovereenkomst niet wezenlijk verschilt van de duur van de oorspronkelijke arbeidsovereenkomst;”

Art. 23 - Artikel 7 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt opgeheven.

Art. 24 - Artikel 9.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 4. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren*

Art. 25 - In artikel 11 van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

“Binnen de departementen kan de raad van beheer administratieve eenheden oprichten die geleid worden door een eenheidshoofd en die bestaan uit minstens drie medewerkers, eenheidshoofd inbegrepen. De eenheidshoofden hebben beslissingsbevoegdheid ten aanzien van hun medewerkers. De eenheidshoofden ressorteren onder het departementshoofd.”

2. het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“De Regering bepaalt het aantal cellen binnen het BRF.”

Art. 26 - In hoofdstuk I, afdeling 2, van hetzelfde besluit wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 12.1 - De raad van beheer wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar eenheidshoofden aan onder de met “positief” geëvalueerde ambtenaren, contractuelen of met een opdracht voor het BRF belaste personeelsleden van het onderwijs.

Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd in het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt en vergelijkt het departementshoofd vervolgens de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak. Het departementshoofd stelt vervolgens aan de directeur voor welke administratieve eenheden hij wil oprichten, wie als eenheidshoofd zou moeten worden aangewezen en welke medewerkers tot de administratieve eenheid zouden moeten behoren. Na overleg met het departementshoofd legt de directeur die voordracht voor aan de directieraad. De directieraad legt het voorstel betreffende de aangevraagde structuur van de administratieve eenheid en het voorgestelde eenheidshoofd voor aan de raad van beheer.

De raad van beheer beslist over de structuur van de administratieve eenheid en wijst het eenheidshoofd aan voor een verlengbare termijn van vijf jaar onder de met “positief” geëvalueerde ambtenaren en contractuelen.

De directeur beslist op de voordracht van het departementshoofd welke medewerkers aan een eenheidshoofd worden toegewezen vanuit het oogpunt van het personeelsrecht.

Op de voordracht van de directieraad, die de betrokkene vooraf gehoord heeft, kan de raad van beheer de aanwijzing van een eenheidshoofd op grond van ernstige tekortkomingen voortijdig beëindigen.

Het eenheidshoofd kan zijn ambt te allen tijde neerleggen, met inachtneming van een opzegtermijn van drie maanden.”

Art. 27 - Artikel 63 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“De ‘vermindering van de rang- of niveauanciënniteit’ vermeld in het tweede en het derde lid moet vooraf schriftelijk worden goedgekeurd door de Regering.”

Art. 28 - Artikel 78 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een § 5, luidende:

“§ 5 - De diensten die een op te leiden persoon vanaf de leeftijd van 18 jaar in het kader van het praktische gedeelte van een duale opleiding in het BRF presteert, worden gelijkgesteld met de in § 1 vermelde diensten bij zijn indienstneming in het BRF.”

Art. 29 - Artikel 94, § 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een zesde lid, luidende:

“Tijdens de duur van zijn aanwijzing als eenheidshoofd ontvangt het eenheidshoofd een toelage voor managements- en stafopdrachten.”

Art. 30 - In artikel 96 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. de eerste zin van het eerste lid wordt het eerste lid;

2. het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“In afwijking van het eerste lid ontvangt het eenheidshoofd een toelage die bij een voltijdse betrekking overeenstemt met de helft van het bedrag vermeld in het eerste lid.”

3. De tweede en de derde zin van het eerste lid worden het derde lid.

4. In het tweede lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden “voor de duur” vervangen door de woorden “vanaf de 31ste dag afwezigheid voor de resterende duur”.

5. Het derde lid wordt het vijfde lid.

Art. 31 - In artikel 121 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° bevalling van de echtgenote/levenspartner:

a) vanaf 1 januari 2021: 15 werkdagen;

b) vanaf 1 januari 2023: 20 werkdagen;"

2. de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° het overlijden van de echtgenoot/echtgenote/levenspartner of het overlijden van een kind van de ambtenaar of van zijn echtgenoot/echtgenote/levenspartner of het overlijden van een pleegkind dat op het tijdstip van overlijden of in het verleden in het kader van een langdurige pleegzorg van ten minste zes maanden in het gezin van het personeelslid werd opgenomen: 10 werkdagen;"

3. er wordt een bepaling onder 3bis ingevoegd, luidende:

"3bis. het overlijden van een bloedverwant of aanverwant in de eerste graad van de ambtenaar of van zijn echtgenoot/echtgenote/levenspartner: 4 werkdagen;"

Art. 32 - Artikel 136, vierde lid, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 33 - In artikel 138, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in de inleidende zin wordt het woord "prenataal" vervangen door de woorden "in artikel 136 vermelde prenataal" en wordt het woord "gewone" vervangen door het woord "gepresteerde";

2. de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° de afwezigheden wegens ziekte of gebrekkigheid";

3. er wordt een bepaling onder 4° ingevoegd, luidende:

"4° de afwezigheden wegens een arbeidsongeval of een ongeval op weg van en naar het werk;"

4. er wordt een bepaling onder 5° ingevoegd, luidende:

"5° voor vrouwelijke ambtenaren die zwanger zijn: de verwijdering van het werk wegens een vastgesteld risico."

Art. 34 - Het opschrift van hoofdstuk 9, afdeling 5, onderafdeling 5.2, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Onderafdeling 5.2 - Adoptieverlof of pleegouderverlof"

Art. 35 - Artikel 146 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 146 - De ambtenaar heeft op eigen verzoek recht op verlof als hij een minderjarig kind opneemt in het kader van adoptie of pleegzorg.

Het verlof gaat in op de dag dat het minderjarige kind in het gezin van de ambtenaar aankomt. In geval van interlandelijke adoptie kan de ambtenaar het verlof opnemen zodra de beslissing van de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie om hem een minderjarig kind toe te vertrouwen, voorhanden is.

De duur van het verlof wordt als volgt vastgelegd:

1. acht weken vanaf 1 januari 2021;

2. negen weken vanaf 1 januari 2023;

3. tien weken vanaf 1 januari 2025;

4. elf weken vanaf 1 januari 2027.

Voor de vaststelling van de duur van het verlof is de dag vermeld in het tweede lid doorslaggevend.

Indien meer dan één minderjarig kind tegelijkertijd wordt opgenomen, wordt de duur van het verlof met twee weken verlengd."

Art. 36 - In hetzelfde hoofdstuk, afdeling 7, van hetzelfde besluit wordt een artikel 163.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.1 - Tot het begin van het moederschapsverlof worden de ziektedagen die rechtstreeks samenhangen met de zwangerschap van de vrouwelijke ambtenaar niet afgetrokken van het in artikel 160 vermelde aantal ziektedagen, op voorwaarde dat de afwezigheid gestaafd wordt door een medisch attest en die samenhang bevestigd wordt door de arts die door de Regering belast is met de controle van de afwezigheden wegens ziekte of gebrekkigheid. Die afwezigheden zijn bezoldigd en worden gelijkgesteld met een periode van dienstactiviteit."

Art. 37 - In hoofdstuk 13 van hetzelfde besluit wordt een artikel 241.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 241.1 - In afwijking van artikel 96, tweede lid, blijven medewerkers die op de dag vóór de inwerkingtreding van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 tot wijziging van verschillende bepalingen van de rechtspositieregeling en bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap de in artikel 96, eerste lid, vermelde toelage ontvangen en niet aangewezen zijn als departementshoofd of lid van de directieraad, vanaf de inwerkingtreding van het besluit de in artikel 96, eerste lid, vermelde toelage ontvangen, indien ze worden aangewezen als eenheidshoofd."

Art. 38 - In bijlage II van hetzelfde besluit worden de weddeschalen opgenomen die in bijlage 2 van dit besluit worden vermeld.

HOOFDSTUK 5. — Wijziging van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 39 - In artikel 2, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° bij indienstnemingen voor ten hoogste drie maanden die wegens dringende noodzakelijkheid of met toepassing van artikel 5 geschieden;"

2° de bepaling onder 3° wordt aangevuld met de woorden ", voor zover een openbare oproep tot de gegadigden werd gedaan voor de vorige aanstelling van bepaalde duur, voor zover de nieuwe indienstneming betrekking heeft op dezelfde of een vergelijkbare betrekking als die waarvoor een openbare oproep tot de gegadigden werd gedaan en voor zover de duur van de nieuwe arbeidsovereenkomst niet wezenlijk verschilt van de duur van de oorspronkelijke arbeidsovereenkomst;"

HOOFDSTUK 6 — Slotbepalingen

Art. 40 - Dit besluit treedt in werking op 1 november 2021, met uitzondering van:

1. de artikelen 8, 9, 32 en 33, die uitwerking hebben met ingang van 1 maart 2020;
2. artikel 7, 1^o, en de artikelen 15, 31 en 38 die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2021.

Art. 41 - De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 28 oktober 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

Bijlage 1 bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 tot wijziging van verschillende bepalingen van de rechtspositieregeling en bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

Vanaf 1 januari 2021 gelden de volgende weddeschalen in niveau IV:

Barema			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Verhoging	jaarl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	tweejaarl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	tweejaarl.	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40

Barema			IV/1-59	IV/2-59	IV/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Verhoging	jaarl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	tweejaarl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	tweejaarl.	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	tweejaarl.	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39

9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

Vanaf 1 januari 2022 gelden de volgende weddeschalen in niveau II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Verhoging	jaarl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	tweejaarl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	tweejaarl.	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Verhoging	jaarl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	tweejaarl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	tweejaarl.	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	tweejaarl.	1	1.036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22

11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02

Vanaf 1 januari 2023 gelden de volgende weddeschalen in niveau II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Verhoging	jaarl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	tweejaarl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	tweejaarl.	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Verhoging	jaarl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	tweejaarl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	tweejaarl.	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	tweejaarl.	1	1.055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72

13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021.
Eupen, 28 oktober 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

Bijlage 2 bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 tot wijziging van verschillende bepalingen van de rechtspositieregeling en bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

Vanaf 1 januari 2021 gelden de volgende weddeschalen in niveau IV:

Barema			IV/1	IV/2	IV/3	IV/4	IV/5	IV/6
Verhoging	jaarl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	tweejaarl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	tweejaarl.	8	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40
0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.120,12	14.569,47	15.284,53	15.871,92	16.906,21	18.336,40

Barema			IV/1-59	IV/2-59	IV/3-59	IV/4-59	IV/5-59	IV/6-59
Verhoging	jaarl.	3	78,75	90,78	90,78	98,58	106,40	130,50
	tweejaarl.	3	157,49	181,59	181,59	197,20	212,79	261,05
	tweejaarl.	7	88,60	102,17	102,17	110,95	119,73	146,87
	tweejaarl.	1	177,20	204,34	204,34	221,90	239,46	293,74
Min			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
Max			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

0			12.702,60	12.935,00	13.650,06	14.096,98	14.990,80	15.986,79
1			12.781,35	13.025,78	13.740,84	14.195,56	15.097,20	16.117,29
2			12.860,10	13.116,56	13.831,62	14.294,14	15.203,60	16.247,79
3			12.938,85	13.207,34	13.922,40	14.392,72	15.310,00	16.378,29
5			13.096,34	13.388,93	14.103,99	14.589,92	15.522,79	16.639,34
7			13.253,83	13.570,52	14.285,58	14.787,12	15.735,58	16.900,39
9			13.411,32	13.752,11	14.467,17	14.984,32	15.948,37	17.161,44
11			13.499,92	13.854,28	14.569,34	15.095,27	16.068,10	17.308,31
13			13.588,52	13.956,45	14.671,51	15.206,22	16.187,83	17.455,18
15			13.677,12	14.058,62	14.773,68	15.317,17	16.307,56	17.602,05
17			13.765,72	14.160,79	14.875,85	15.428,12	16.427,29	17.748,92
19			13.854,32	14.262,96	14.978,02	15.539,07	16.547,02	17.895,79
21			13.942,92	14.365,13	15.080,19	15.650,02	16.666,75	18.042,66
23			14.031,52	14.467,30	15.182,36	15.760,97	16.786,48	18.189,53
25			14.208,72	14.671,64	15.386,70	15.982,87	17.025,94	18.483,27

Vanaf 1 januari 2022 gelden de volgende weddeschalen in niveau II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Verhoging	jaarl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	tweejaarl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	tweejaarl.	8	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82
0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			25.959,59	27.273,39	30.296,70	35.475,83	44.208,82
Barema			II+ /1-59	II+ /2-59	II+ /3-59	II+ /4-59	II+ /5-59
Verhoging	jaarl.	3	460,66	402,55	422,36	422,36	422,36
	tweejaarl.	3	921,32	805,09	844,75	844,75	844,75
	tweejaarl.	7	518,24	452,85	475,20	475,20	475,20
	tweejaarl.	1	1.036,48	905,70	950,40	950,40	950,40
Min			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
Max			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02

0			17.667,73	20.027,68	22.693,77	27.872,90	36.605,89
1			18.128,39	20.430,23	23.116,13	28.295,26	37.028,25
2			18.589,05	20.832,77	23.538,49	28.717,62	37.450,61
3			19.049,71	21.235,32	23.960,85	29.139,98	37.872,97
5			19.971,03	22.040,41	24.805,60	29.984,73	38.717,72
7			20.892,35	22.845,50	25.650,35	30.829,48	39.562,47
9			21.813,67	23.650,59	26.495,10	31.674,23	40.407,22
11			22.331,91	24.103,44	26.970,30	32.149,43	40.882,42
13			22.850,15	24.556,29	27.445,50	32.624,63	41.357,62
15			23.368,39	25.009,14	27.920,70	33.099,83	41.832,82
17			23.886,63	25.461,99	28.395,90	33.575,03	42.308,02
19			24.404,87	25.914,84	28.871,10	34.050,23	42.783,22
21			24.923,11	26.367,69	29.346,30	34.525,43	43.258,42
23			25.441,35	26.820,54	29.821,50	35.000,63	43.733,62
25			26.477,83	27.726,24	30.771,90	35.951,03	44.684,02

Vanaf 1 januari 2023 gelden de volgende weddeschalen in niveau II+:

Barema			II+/1	II+/2	II+/3	II+/4	II+/5
Verhoging	jaarl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	tweejaarl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	tweejaarl.	8	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14
0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.443,62	27.781,92	30.861,61	36.137,31	45.033,14

Barema			II+/1-59	II+/2-59	II+/3-59	II+/4-59	II+/5-59
Verhoging	jaarl.	3	469,25	410,03	430,24	430,24	430,24
	tweejaarl.	3	938,53	820,08	860,50	860,50	860,50
	tweejaarl.	7	527,89	461,31	484,06	484,06	484,06
	tweejaarl.	1	1.055,78	922,62	968,12	968,12	968,12
Min			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
Max			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20

0			17.997,16	20.401,11	23.116,91	28.392,61	37.288,44
1			18.466,41	20.811,14	23.547,15	28.822,85	37.718,68
2			18.935,66	21.221,17	23.977,39	29.253,09	38.148,92
3			19.404,91	21.631,20	24.407,63	29.683,33	38.579,16
5			20.343,44	22.451,28	25.268,13	30.543,83	39.439,66
7			21.281,97	23.271,36	26.128,63	31.404,33	40.300,16
9			22.220,50	24.091,44	26.989,13	32.264,83	41.160,66
11			22.748,39	24.552,75	27.473,19	32.748,89	41.644,72
13			23.276,28	25.014,06	27.957,25	33.232,95	42.128,78
15			23.804,17	25.475,37	28.441,31	33.717,01	42.612,84
17			24.332,06	25.936,68	28.925,37	34.201,07	43.096,90
19			24.859,95	26.397,99	29.409,43	34.685,13	43.580,96
21			25.387,84	26.859,30	29.893,49	35.169,19	44.065,02
23			25.915,73	27.320,61	30.377,55	35.653,25	44.549,08
25			26.971,51	28.243,23	31.345,67	36.621,37	45.517,20

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021.
Eupen, 28 oktober 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2022/202582]

25 NOVEMBRE 2021. — Arrêté ministériel portant transfert de crédits entre le programme 03 de la division organique 02 et le programme 03 de la division organique 09 du budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2021

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,

Le Ministre du Climat, de l'Energie et de la Mobilité,

Le Ministre du Budget et des Finances, des Aéroports et des Infrastructures sportives,

Vu le décret du 15 décembre 2011 portant organisation du budget, de la comptabilité et du rapportage des unités d'administration publique wallonnes, notamment l'article 26;

Vu le décret du 17 décembre 2020 contenant le budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2021, notamment l'article 4;

Vu le décret du 15 juillet 2021 contenant le premier ajustement du budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2021;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 21 octobre 2021;

Considérant la nécessité de transférer des crédits d'engagement et de liquidation à l'article de base 74.01 du programme 03 de la division organique 09 du budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2021, afin de financer des politiques informatiques,

Arrêtent :

Article 1^{er}. Des crédits d'engagement et de liquidation à concurrence de 12 milliers d'EUR sont transférés du programme 03 de la division organique 02 au programme 03 de la division organique 09.

Art. 2. La ventilation des articles de base suivants du programme 03 de la division organique 02 et du programme 03 de la division organique 09 du budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2021 est modifiée comme suit :

(en milliers d'EUR)

Article de base	Crédit initial Après le 1 ^{er} ajustement		Transfert		Crédit ajusté	
	CE	CL	CE	CL	CE	CL
DO 02 74.01.03	103	103	- 12	- 12	91	91
DO 09 74.01.03	99	99	+ 12	+ 12	111	111

Art. 3. Le présent arrêté est transmis au Parlement wallon, à la Cour des Comptes, à l'Inspection des Finances, à la Chancellerie du Service public de Wallonie et à la Direction générale transversale Budget, Logistique et Technologies de l'Information et de la Communication.